

Antrag Nr. 16-F-08-0015

Linke&Piraten

Betreff:

Sachstandsbericht über städtische Planungen zum Schuljahresbeginn 2016/17
-Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 03.05.2016-

Antragstext:

In der Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur am 10.2.16 wurde auf Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN seitens des Staatlichen Schulamts für den Rheingau-Taunus-Kreis und die Landeshauptstadt Wiesbaden Auskunft gegeben über die Einrichtung von (bis dahin) 29 Deutsch-Intensivklassen an (bis dahin) 18 Grund- und Sekundarstufen-Schulen. Die Planung von weiteren vier Klassen sowie die Einbeziehung von zwei weiteren Grundschulen zum 1. März 2016 wurde dem Ausschuss mitgeteilt. An drei Beruflichen Schulen gab es zu diesem Zeitpunkt insgesamt 14 „InteA-Klassen“. Wie die Vertreterin des Staatlichen Schulamts berichtete, ist damit zu rechnen, dass (schulpflichtige) Schüler/innen nach ungefähr einjährigem Besuch der Deutsch-Intensiv-Klassen und ausreichendem Erwerb der deutschen Sprache, vorzugsweise zum 1. August bzw. 1. Februar, in die Regelklassen aufgenommen werden. Aufgrund der festgelegten Grundschulbezirke ist bei den Grundschulen abschätzbar, mit welchem Bedarf an Schulplätzen zu rechnen ist.

Seitens des städtischen Schulamts wurde berichtet, dass bereits zum Schuljahr 2015/16 an neun Grundschulen zehn zusätzliche Klassen über die normale Zügigkeit hinaus gebildet wurden. „Die Flüchtlingskinder waren zu diesem Zeitpunkt noch kein Thema“, wie das Schuldezernat erklärte. Die Frage, an welchen Schulen im Laufe des Jahres 2016 (vor allem zum Schuljahresbeginn nach den Sommerferien) voraussichtlich weitere Klassen eingerichtet werden (müssen), wurde dahingehend beantwortet, dass dies „im Moment noch nicht abgeschätzt“ werden könne. Auch zu den erforderlichen Bau- und anderen vorbereitenden Maßnahmen wurden keine konkreten Antworten gegeben.

Ein Vierteljahr später, zwei Monate vor Schuljahresende, sollten jetzt konkretere Aussagen möglich sein. Es werden auch Maßnahmen in der Öffentlichkeit bekannt, die darauf schließen lassen, dass zumindest Grundschulen sehr wohl wissen, welcher zusätzlicher Bedarf im neuen Schuljahr nach den Sommerferien 2016 vorhanden ist, ohne dass erkennbar ist bzw. den zuständigen Ortsbeiräten seitens des Schuldezernats (schriftlich) mitgeteilt wurde, welche Maßnahmen getroffen werden, um den Bedarf der Schulen zu decken.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat möge einen aktuellen Sachstandsbericht geben, an welchen Schulen über die normale Zügigkeit hinaus zum Schuljahresbeginn am 1. August 2016 weitere Klassen eingerichtet werden (müssen), welche Bau- und anderen vorbereitenden Maßnahmen getroffen werden und ob die dafür erforderlichen Mittel bereit stehen.

Der Magistrat möge die Bürgerschaft zumindest insoweit umgehend beteiligen, dass er diesbezüglich die betroffenen Schulgemeinden, die zuständigen Ortsbeiräte und die Öffentlichkeit umgehend in Kenntnis setzt.